



Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu
Föderation der Arbeiter*innen aus der Türkei in Deutschland
Federasyona Karkeren Ji Tirki li Almanya

Kaiser-Wilhelm- Str. 284 - 47169 Duisburg - www.atif-online.net atif@atif-online.net 29.11.2024

NEIN zu den Entlassungen bei Thyssenkrupp!

Thyssenkrupp, eines der größten Stahlunternehmen in Deutschland, hat das seit langem umstrittene Restrukturierungskonzept am 25. November 2024 der Öffentlichkeit vorgestellt. Dieses Konzept stellt einen massiven Angriff auf die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter dar, die sie durch ihren Kampf, insbesondere durch die Organisation und Tarifverträge, erlangt haben. Laut dem Tarifvertrag, der mit der Gewerkschaft geschlossen wurde, gibt es bis 2026 einen Arbeitsplatzschutz. Doch im Rahmen der Restrukturierung sind massive Entlassungen und die Schließung einiger Einheiten vorgesehen.

Thyssenkrupp wird Tausende von Arbeitsplätzen abbauen!

Laut der Erklärung des Vorstands vom 25. November 2024, sollen bis 2030 im Zuge der Restrukturierung 27.000 Arbeiterinnen und Arbeiter im Produktionsbereich auf nur noch 16.000 reduziert werden. Davon werden 5.000 entlassen, und die verbleibenden 6.000 Arbeiterinnen und Arbeiter sollen im Laufe der Zeit entweder in andere Bereiche versetzt oder durch den Verkauf von Abteilungen abgebaut werden. Dies bedeutet, dass mindestens 11.000 Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Job verlieren werden.

Darüber hinaus ist auch die Schließung des Stahlwerks HKM in Duisburg, an dem Thyssenkrupp zu 50 % beteiligt ist, geplant. Dies würde 3.000 Arbeitsplätze kosten. Auch das Werk in Kreuztal-Eichen wird geschlossen, was zu weiteren 600 Entlassungen führen wird. Insgesamt werden voraussichtlich mehr als 11.000 Arbeiterinnen und Arbeiter entlassen.

Ein weiteres Vorhaben des Vorstands ist, die Produktionskapazität von 11,5 Millionen Tonnen auf 8,5 Millionen Tonnen zu reduzieren. Eine Reduzierung der Produktionskapazität bedeutet auch die Schließung einer bestimmten Anzahl von Hochöfen zur Eisenproduktion. Dies wird in der Zukunft zu weiteren Entlassungen führen.

Nicht nur Entlassungen, auch Lohnkürzungen!

Neben den Entlassungen wurde auch angekündigt, dass die Löhne der Arbeiterinnen und Arbeiter um 10 % gekürzt werden. Wie diese Kürzung genau umgesetzt werden soll, ist noch nicht bekannt. Kurz gesagt, Tausende von Arbeitern werden entlassen, und diejenigen, die bleiben, müssen mit einer Lohnkürzung von 10 % rechnen.

Auch Duisburg und seine Umgebung sind betroffen!

Thyssenkrupp ist der größte Arbeitgeber in der Stadt Duisburg. Neben den eigenen Arbeitern gibt es dort Tausende von Leiharbeitern und Beschäftigten bei Subunternehmen. Auch in den Zulieferunternehmen von Thyssenkrupp sind Tausende von Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Durch diese Einsparungen werden nicht nur die Thyssenkrupp - Arbeiterinnen und Arbeiter betroffen sein, sondern auch die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Subunternehmen und der

Zulieferindustrie. Dies wird das wirtschaftliche Leben in Duisburg massiv beeinträchtigen und könnte das „Todesurteil“ für die Stadt bedeuten. Daher ist es notwendig, dass alle Arbeiterinnen und Arbeiter gemeinsam und entschlossen gegen diese Angriffe kämpfen.

Die Monopole in Deutschland brauchen billige Arbeitskräfte, um auf dem internationalen Markt wettbewerbsfähig zu bleiben.

Deshalb planen sie intensive Angriffe auf die erkämpften Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter. Insbesondere im Bereich Stahl, Automobilindustrie und deren Zulieferindustrie sind in der Zukunft Entlassungen von Hunderttausenden von Arbeitsplätzen geplant. Dies zu stoppen, ist nur durch den gemeinsamen Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter möglich. In diesen Fabriken, in denen Hunderttausende von einheimischen und migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt sind, muss der Kampf genauso gemeinsam geführt werden wie die Produktion. Als ATIF rufen wir alle einheimischen und migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die Beschäftigten und die gesellschaftliche Opposition dazu auf, sich zu vereinen und gemeinsam gegen diese Angriffe und Entlassungen zu kämpfen.